



01.082

Obligationenrecht.

Revision.

GmbH sowie Revisionsrecht

Code des obligations.

Révision. Sàrl

ainsi que droit de la révision

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.03.05 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.03.05 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.03.05 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.05 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.05 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.05 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.05 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.12.05 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.05 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.05 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.05 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Obligationenrecht (GmbH-Recht sowie Anpassungen im Aktien-, Genossenschafts-, Handelsregister- und Firmenrecht)

1. Code des obligations (Droit de la société à responsabilité limitée; adaptation des droits de la société anonyme, de la société coopérative, du registre du commerce et des raisons de commerce)

Art. 494 Abs. 2

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 494 al. 2

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 700 Abs. 3

Antrag der Kommission

Über Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen können keine Beschlüsse gefasst werden; ausgenommen sind Anträge auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung, auf Durchführung einer Sonderprüfung und auf Wahl einer Revisionsstelle infolge eines Begehrens eines Aktionärs.

Art. 700 al. 3

Proposition de la commission

Aucune décision ne peut être prise sur des objets qui n'ont pas été dûment portés à l'ordre du jour, à l'exception des propositions de convoquer une assemblée générale extraordinaire, d'instituer un contrôle spécial ou de l'élection d'un organe de révision sur requête d'un actionnaire.





Angenommen – Adopté

Art. 832 Abs. 1

Antrag der Kommission

Die Statuten müssen Bestimmungen enthalten über:

4. die Organe für die Verwaltung und für die Revision und die Art der Ausübung der Vertretung;

Art. 832 al. 1

Proposition de la commission

Les statuts doivent contenir des dispositions concernant:

4. les organes chargés de l'administration et de la révision ainsi que le mode de représentation de la société;

Angenommen – Adopté

Art. 954a Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 954a al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL), für die Kommission: Wir werden die Vorlage nur da kommentieren, wo es entweder Differenzen hat, eine Änderung neu ist oder es eine Bemerkung zu machen gibt.

Das betrifft jetzt vor allem Artikel 954a zur Firmen- und Namensgebrauchspflicht. Wir befinden uns hier im Einunddreissigsten Titel des Obligationenrechtes, bei den Bestimmungen zu den Geschäftsfirmen. In Artikel 954a haben wir die Firmengebrauchspflicht, die bisher auf Verordnungsebene geregelt war, im Gesetz verankert. Demnach muss im Handelsverkehr die im Handelsregister eingetragene Firma vollständig und unverändert angegeben werden. Der Ständerat hat eine nötige Präzisierung angebracht, indem er ergänzte, dass die Unternehmensbezeichnung bei Vereinen und Stiftungen nicht "Firma" heisst, sondern "Name". Entsprechend heisst es jetzt in diesem Artikel: "... Firma oder der im Handelsregister eingetragene Name" Das ist eine rein formelle Ergänzung, die auch im Titel "Firmen- und Namensgebrauchspflicht" ihren Niederschlag gefunden hat.

Wir möchten nun noch kurz auf Befürchtungen eingehen, die vonseiten der Wirtschaft laut wurden, vor allem zu den Kostenfolgen, die die Änderung der Firma mit der Rechtsformbezeichnung mit sich bringt. Dazu Folgendes: In der Werbung und in Internetauftritten können auch weiterhin die bisher gebräuchliche Kurzform, Logos usw. verwendet werden. Darauf hat der Kommissionssprecher französischer Sprache bereits in der Beratung im März hingewiesen; ich verweise auf seine Äusserungen vom 5. März 2005. Es reicht, wenn die Rechtsform irgendwo ersichtlich wird, z. B. im Briefkopf.

Es wurde von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen – Sie haben diesen Brief wahrscheinlich auch erhalten –, dass alteingesessene Unternehmungen nun ihren Namen bzw. ihre Firma ändern müssen. Es ist in der Tat so, dass nach Artikel 950 OR neu auch die AG und die Genossenschaft im Firmennamen die Rechtsform angeben müssen. Das ist sinnvoll, das dient der Transparenz und ermöglicht zugleich liberalere Regelungen in der Namensgestaltung, denn mit dem Zusatz der Rechtsform wird ja klar, um was für eine Unternehmung mit welchen Haftungsregelungen es sich handelt. Das bringt mehr Freiheiten im Namensrecht und Anpassungen an die ausländischen Gepflogenheiten.

Bedeutet das nun einen grossen zusätzlichen Aufwand? Das sind ja die Befürchtungen, die in den diversen Zuschriften geäussert werden und die jetzt beantwortet werden sollen. Zweifellos ist eine Änderung des Handelsregistereintrags nötig; diese kann im Rahmen von anderen Änderungen oder eben nach Ablauf von zwei Jahren durch den Handelsregisterführer von Amtes wegen gemacht werden. Das hat dann Kostenfolgen. Über die Höhe dieser Kosten wird sich, denke ich, Bundesrat Blocher äussern können, denn der Kostenrahmen ist ja in der Verordnung festgelegt. Die Befürchtungen grosser Kostenfolgen teilen wir nicht. Es gibt

AB 2005 N 1262 / BO 2005 N 1262

keine grossen zusätzlichen Aufwendungen. Mit der Neuregelung sichern wir vor allem grössere Transparenz





auch in Bezug auf die Haftung, wenn die Rechtsform angegeben ist, und sie ermöglicht, wie gesagt, liberalere Regelungen im Namensrecht.

Angenommen – Adopté

**Änderungen bisherigen Rechts
Modifications du droit en vigueur**

Ziff. 1 Art. 69b

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 1bis, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Aeschbacher, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 1bis

.... unterliegt, oder 10 Prozent der Mitglieder dies verlangen.

Ch. 1 art. 69b

Proposition de la majorité

Al. 1, 1bis, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Aeschbacher, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Marty Kälin, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 1bis

.... l'exige, ou si 10 pour cent des membres l'exigent.

Thanei Anita (S, ZH): In diesem Artikel geht es um die Frage, wann ein Verein eine ordentliche Revision durchführen lassen muss und wann eine eingeschränkte. Der Ständerat hat für die ordentliche Revision die Hürde bereits erhöht, d. h. sowohl in Bezug auf den Umsatzerlös als auch in Bezug auf die Bilanzsumme. Hier ist Ihre Kommission dem Ständerat gefolgt. Es geht jetzt um die Frage, wann eine eingeschränkte Revision durchgeführt werden muss.

Hier sieht der Ständerat vor, dass ein einzelnes Mitglied eine solche eingeschränkte Revision verlangen kann, wenn dieses Mitglied der persönlichen Haftung oder der Nachschusspflicht unterliegt; das entspricht auch schon der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates. Der Bundesrat hat aber auch noch vorgesehen, dass eine solche eingeschränkte Revision durchgeführt werden muss, wenn 10 Prozent der Mitglieder dies wünschen. Die Mehrheit will diese Möglichkeit streichen, eine Minderheit will, dass 10 Prozent der Mitglieder das verlangen können. Weshalb?

Es geht hier nicht nur um die persönliche Haftung, sondern es geht auch um den Schutz des Vereinszweckes. Es handelt sich demnach nicht immer nur um wirtschaftliche Gründe, sondern es kann auch ausnahmsweise einmal um ideelle Gründe gehen, und dann ist es gerechtfertigt, diesen Schutz vorzusehen. Die Gegner argumentieren damit, dass Querulanten hohe Kosten verursachen können. Das trifft nicht zu; es müssen ja immerhin 10 Prozent der Mitglieder sein. Diesen Vorwurf könnte man auch schon erheben, wenn jemand eine eingeschränkte Revision verlangen kann, nur weil er oder sie persönlich haftet. Wenn man – das ist eher als Witz gedacht – sich vorstellt, dass bei einem Jassverein mit 50 Mitgliedern 5 Mitglieder diese Revision verlangen können, dann macht es trotzdem Sinn, da ja diese Jassvereinskassen dazu dienen sollten, ein "Reisli" durchzuführen.

Ich bitte Sie deshalb, meiner Minderheit zu folgen.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Le groupe PDC communique qu'il soutient la proposition de la majorité.

Sommaruga Carlo (S, GE): La modification de l'article 69b du Code civil concerne les conditions imposées pour que les associations soumettent au contrôle ordinaire ou au contrôle restreint leur comptabilité.



S'il n'y a plus de divergence actuellement au sujet des conditions requises pour que l'association soit soumise obligatoirement au contrôle ordinaire, les conditions de la soumission volontaire au contrôle restreint sont débattues et font justement l'objet de la proposition de la minorité Thanei.

Quel est finalement l'enjeu? La minorité propose que le contrôle restreint de la comptabilité puisse intervenir non seulement lorsqu'un membre de l'association responsable individuellement le demande ou que l'un des membres est tenu d'effectuer des versements supplémentaires, mais aussi, comme l'a rappelé tout à l'heure Madame Thanei, lorsque 10 pour cent des membres de l'association le demandent. Il est important de relever que cette proposition figurait dans le projet du Conseil fédéral.

S'il est normal que des membres qui doivent supporter une charge financière aient un droit particulier d'obtenir le contrôle de la comptabilité de l'association, afin que cette contribution puisse se faire dans la transparence et au titre de la vérité de la situation financière, il est aussi essentiel que les membres ordinaires de l'association, lorsqu'ils représentent une minorité non négligeable, puissent intervenir et obtenir des clarifications sur la situation financière. En d'autres termes, il est important que des membres minoritaires, en cas de doute sur le fonctionnement financier, puissent demander que l'on examine la situation comptable de l'extérieur, c'est-à-dire qu'il y ait le contrôle d'un réviseur. Il ne s'agit pas d'une révision comptable lourde; je rappelle qu'il s'agit d'une révision restreinte, ce qui permet de limiter les coûts.

En résumé, l'option de la proposition de la minorité Thanei, et qui était celle du Conseil fédéral, est l'amélioration des droits des membres d'une association et de la transparence financière. Elle renforce les droits des membres, mais aussi finalement le fonctionnement institutionnel des associations, puisque cela permet de toute évidence d'éviter que le but statutaire de ces dernières ne soit mis en danger par un dysfonctionnement financier.

Dans la vie associative très dense, riche et diverse que connaît notre pays, il n'est pas rare que des membres d'une association aient quelques doutes sur la réalité de la comptabilité de leur association. Cela touche aussi bien des petites associations, comme par exemple des groupes sportifs locaux, que des associations de plus grande taille qui salarient des employés ou qui offrent des prestations à des tiers ou encore qui remplissent des tâches d'intérêt public, et cela avec un chiffre d'affaires non négligeable.

Dans une telle situation, les membres minoritaires ne disposent aujourd'hui que de la possibilité de contester la situation et au pire de démissionner de l'association, sans pouvoir s'investir dans un objectif d'amélioration du fonctionnement associatif et obtenir le respect des objectifs. Plutôt que de laisser les membres dans le flou ou devant le choix forcé de quitter l'association, il est préférable de donner ce droit de minorité à l'obtention du contrôle externe, par un contrôle de révision partiel, ou restreint. Il serait d'ailleurs étonnant que le renforcement des droits de minorité dans le cadre des sociétés anonymes ou des sociétés à responsabilité limitée ne soit pas accordé dans le cadre du droit de l'association, alors que cette forme de regroupement des personnes est fortement utilisée dans la société civile en Suisse, et cela à tous les niveaux.

Au nom du groupe socialiste, je vous invite donc à soutenir la proposition de la minorité Thanei.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich kann mich den Ausführungen der Vorrednerin und des Vorredners anschliessen. Es geht eigentlich um eine kleine Sache; es geht einzig um die Frage, ob nebst den Personen, die persönlich haften oder einer Nachschusspflicht unterliegen, auch 10 Prozent der Mitglieder eine solche eingeschränkte Revision eines Vereins verlangen können sollen. Es wurde darauf hingewiesen: Das

AB 2005 N 1263 / BO 2005 N 1263

ist ein Minderheitenschutz zur Wahrung des Vereinszweckes, zum Beispiel im ideellen Sinne; es ist aber auch ein Minderheitenschutz, um das wirtschaftliche Fortkommen des Vereins oder die Gewährleistung seiner Strukturen in finanzieller Hinsicht tatsächlich überhaupt ermöglichen zu können.

Der einzige mögliche Einwand dagegen ist, zu sagen, das würde irgendwelchen Obstrukteuren Tür und Tor öffnen, es gebe halt in Vereinen immer solche Leute, die gewissermassen zum Hobby hätten, solche Obstruktion wälten zu lassen. Ich habe ehrlich gesagt nicht so sehr Angst davor. Ich glaube, es ist ein sinnvoller Minderheitenschutz, der wahrscheinlich, nüchtern gesehen, auch nicht in allzu vielen Fällen zum Tragen kommen wird, aber gesetzlich verankert den Mitgliedern doch die Möglichkeit gibt, über diese eingeschränkte Revision einzugreifen, wenn in einem Verein eine heikle Situation auftaucht. Wir kennen ja diesen Minderheitenschutz eigentlich als festen Bestandteil im schweizerischen Gesellschaftsrecht, und es scheint mir wichtig, dass er bei diesem Punkt auch im Verein Einzug hält.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir bitten Sie, der Mehrheit und dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen. Natürlich ist es eine Ermessensangelegenheit, aber Sie müssen sehen: Es gibt auch eine Menge von kleinen





Vereinen mit 10, 12 oder 14 Mitgliedern. Wenn jemand keine Haftung hat und es Streit gibt, ist die Gefahr, dass Unfug getrieben wird, relativ gross. Bei so kleinen Mitgliederzahlen kann ein Mitglied fast schon allein eine solche Revision verlangen. Das bringt Kosten für den Verein, und das Mitglied trägt zu diesen Kosten nichts bei, weil es auch nicht haftet.

Darum hat der Ständerat mit Recht gesagt: Wenn es unbeschränkt haftende Mitglieder gibt, die persönlich haften oder einer Nachschusspflicht unterliegen, dann müssen diese Mitglieder eine eingeschränkte Revision verlangen können.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Ich habe noch eine Erklärung abzugeben; Frau Leutenegger Oberholzer hat mich gebeten, das zu tun. Es geht um die Frage, was eigentlich die Eintragung im Handelsregister kostet, wenn die Firma geändert werden muss. Sie haben vorhin – meines Erachtens zu Recht – beschlossen, dass auf Briefen und bei Rechnungen der ganze Firmenname aufgeführt werden muss, damit man weiss, ob es eine Genossenschaft oder eine AG ist. Es sind Haftungsfragen, die dort zum Ausdruck kommen. Das heisst, Sie müssen es nicht auf jedem Papier erwähnen, aber wenn Sie Briefe schreiben, welche rechtliche Verpflichtungen beinhalten, ist es neu vorgesehen, dass Sie das müssen.

Was sind die Kosten? Die Kosten bestehen einzig darin, dass die Firmen ihr Briefpapier ergänzen müssen, wenn sie noch keines mit den nötigen Angaben haben. Das Firmenlogo – UBS, Novartis usw. – kann wie bisher stehen, aber irgendwo auf dem Papier muss die vollständige Firma aufgeführt sein. Das haben aber die meisten Unternehmen schon heute.

Der Rechtsformzusatz muss auch im Handelsregister eingetragen sein. Ich habe mich eigentlich gewundert, dass das noch nicht bei allen Firmen im Handelsregister der Fall ist. Bis jetzt habe ich gemeint, man könne eine Firma nur eintragen, wenn man ihre Rechtsform angebe. Scheinbar ist das nicht ganz so. Sie müssen im Handelsregister einen Eintrag vornehmen, wo das noch nicht gemacht ist.

Ich kann Ihnen hier die Preisbasis bekannt geben. Die Anpassungen im Handelsregister sind grundsätzlich kostenpflichtig. Die Kosten sind wie folgt: Für eine kleine Genossenschaft betragen sie 80 Franken; für eine kleine AG 120 Franken; für die allergrössten Gesellschaften im Maximum 2000 Franken. Das ist der Kostenrahmen. Natürlich könnte man im Gebührentarif auch für diese Fälle Kostenlosigkeit vorsehen. Aber dann haben wir wieder "Mais" mit den Kantonen, weil die Handelsregisterführer durch die Kantone bezahlt werden.

Für die – wie ich glaube – nicht allzu grosse Zahl an Fällen, wo ein solcher Nachtrag nötig ist, wo der Rechtsformzusatz noch nicht eingetragen ist, sind das die Kostenfolgen.

Huber Gabi (RL, UR): Danke für die Gelegenheit, mich auch noch zur Position der Mehrheit äussern zu dürfen, nachdem sich bisher "nur" Votanten der Minderheit geäussert haben.

Die FDP-Fraktion unterstützt hier die Mehrheit, denn wir haben ja letztes Jahr eine Änderung im ZGB vorgenommen. Vor dieser Änderung war jedes Vereinsmitglied persönlich haftbar. Heute ist dies nur noch der Fall, wenn es in den Statuten entsprechend vorgesehen ist. Wenn also grundsätzlich jedes Mitglied nur mit dem Vereinsbeitrag haftet, hat die Prüfung der Vereinsrechnung nicht mehr die gleiche Relevanz. In Vereinen, in welchen eine persönliche Haftung oder eine Nachschusspflicht besteht, soll jedoch auf Verlangen eine eingeschränkte Prüfung durchgeführt werden, wie dies Absatz 1bis ja auch vorsieht. Dies ist die vernünftige Alternative zur früheren Fassung, wonach eine Minderheit das Recht gehabt hätte, eine ordentliche und damit kostspielige Revision zu veranlassen.

Die Minderheit will nun die eingeschränkte Revision auf den Fall ausdehnen, in dem 10 Prozent der Mitglieder dies verlangen. Diese Ausdehnung ist in Anbetracht unserer Vereinsstrukturen nicht sinnvoll. Es ist eben nicht ein Witz, sondern Tatsache, dass zum Beispiel bei einem 50 Mitglieder zählenden Jassclub 5 Personen eine eingeschränkte Revision verlangen und damit immerhin Kosten zwischen 3000 und 4000 Franken verursachen könnten.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, die Mehrheit zu unterstützen.

Burkhalter Didier (RL, NE), pour la commission: Nous sommes à l'article 69b du Code civil. Il s'agit de régler la question du contrôle dans le cas des associations.

Par rapport à la version adoptée par notre conseil, le Conseil des Etats a maintenu sans changement les valeurs limites sur lesquelles nous avons beaucoup débattu lors de la première lecture et qui concernent la soumission au contrôle ordinaire – c'est à l'alinéa 1. Mais il a revu en quelque sorte la question du droit de minorité, entre guillemets: ainsi, selon l'alinéa 1bis, "un membre de l'association responsable individuellement ou tenu d'effectuer des versements supplémentaires" pourra toujours exiger un contrôle, mais un contrôle restreint. Cela, c'est un changement par rapport à la première version puisque ce ne sera plus un contrôle



ordinaire, mais bien un contrôle restreint. En revanche, ce droit n'est plus donné à une minorité de 10 pour cent des membres, comme le prévoyait le projet initial.

La majorité de la commission se rallie à l'ensemble de la version du Conseil des Etats, essentiellement pour des raisons de proportionnalité et de bon sens, pourrait-on dire, compte tenu de la structure des associations dans notre pays qui sont, ma foi, très nombreuses et qui, souvent, n'ont que peu de membres – quelques dizaines.

Toutefois, la question précise de cette minorité de 10 pour cent des membres qui pourrait exiger un contrôle des comptes a été très discutée en commission. Finalement, la commission n'y a renoncé que par 11 voix contre 10. Donc la majorité au sein de la commission est minime, mais elle existe; elle est aussi soutenue par le Conseil fédéral, on l'a entendu. Cette majorité est pour la solution plus pragmatique du Conseil des Etats.

La minorité de la commission quant à elle défend, comme il se doit, le droit des minorités composées de 10 pour cent de membres de demander un contrôle restreint.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 67 Stimmen

Ziff. 1 Art. 83 Abs. 5; 83b Abs. 3bis; Ziff. 3ter

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 83 al. 5; 83b al. 3bis; ch. 3ter

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

AB 2005 N 1264 / BO 2005 N 1264

2. Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren

2. Loi fédérale sur l'agrément et la surveillance des réviseurs

Art. 4

Neuer Antrag des Bundesrates

Abs. 2bis

Der Bundesrat kann weitere gleichwertige Ausbildungsgänge zulassen und die Dauer der notwendigen Fachpraxis bestimmen.

Antrag der Kommission

Abs. 2 Bst. b, c

Festhalten

Abs. 2bis

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 4

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

Al. 2bis

Le Conseil fédéral peut reconnaître d'autres formations équivalentes et déterminer la durée de la pratique professionnelle requise.

Proposition de la commission

Al. 2 let. b, c

Maintenir

Al. 2bis



Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Art. 9

Neuer Antrag des Bundesrates

Abs. 2

Die Aufsichtsbehörde kann die Zulassung eines Revisionsunternehmens auf der Grundlage einer ausländischen Zulassung erteilen, wenn die Anforderungen dieses Gesetzes erfüllt sind.

Antrag der Kommission

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 9

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

Al. 2

L'autorité de surveillance peut octroyer l'agrément à une entreprise de révision sur la base d'un agrément étranger lorsque les exigences de la présente loi sont remplies.

Proposition de la commission

Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL), für die Kommission: Beim Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren haben wir Differenzen zum Ständerat, aber keine Minderheitsanträge. Wir haben zusätzlich neue Anträge des Bundesrates vom 17. August 2005.

Zu Artikel 4, der die Voraussetzungen regelt, die es fachlich und in Bezug auf die Ausbildung braucht, damit man den Titel "Revisionsexpertin" oder "Revisionsexperte" tragen kann: Der Bundesrat hat Ihnen bereits in der ersten Debatte vorgeschlagen, und der Nationalrat ist ihm darin gefolgt, dass wir bei den diplomierten Treuhandexperten, bei den Steuerexpertinnen, den Controllerinnen und Buchhalterinnen eine Fachpraxis von mindestens fünf Jahren verlangen. Hier will der Ständerat auf drei Jahre hinuntergehen. Bei den Absolventinnen oder Absolventen einer Fachhochschule oder einer Universität mit Ökonomie- oder Rechtsabschluss will der Ständerat ebenfalls auf eine Fachpraxis von drei Jahren hinuntergehen. Wir verlangen hier zwölf Jahre. Wir möchten auch daran festhalten. Wir erachten es als sehr wichtig, dass für den Fachtitel die Fachpraxis eine hohe Qualifikation gewährleistet. Wir sind der Überzeugung, dass das auch ein wesentlicher Standortvorteil ist. Deswegen haben wir eine Differenz zum Ständerat geschaffen.

In Artikel 9 behält der Bundesrat die Kompetenz, auf Verordnungsstufe die Gleichwertigkeit von Ausbildungsgängen zu definieren. Das ist vor allem im Hinblick auf die Zulassung von ausländischen Revisionsunternehmen wichtig. Die Aufsichtsbehörde wird dann gemäss diesen Voraussetzungen nach Artikel 9 Absatz 2 die Zulassung überprüfen und allenfalls auch die Bewilligung erteilen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 30

Neuer Antrag des Bundesrates

....

a. der Verwaltungsrat;

....

Antrag der Kommission

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 30

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

....

a. le conseil d'administration;

....



Proposition de la commission

Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Art. 31

Neuer Antrag des Bundesrates

Titel

Verwaltungsrat

Abs. 1

Der Bundesrat wählt den Verwaltungsrat, bestimmt das Präsidium sowie das Vizepräsidium und legt die Entschädigungen fest.

Abs. 2

Der Verwaltungsrat besteht

Abs. 3

Der Verwaltungsrat ist

Abs. 4

Für das Honorar der Mitglieder des Verwaltungsrates und

Antrag der Kommission

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 31

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

Titre

Conseil d'administration

Al. 1

Le Conseil fédéral nomme le conseil d'administration, détermine la présidence et la vice-présidence et fixe les indemnités.

Al. 2

Le conseil d'administration est composé

Al. 3

Le conseil d'administration est l'organe

Al. 4

.... du conseil d'administration et aux

Proposition de la commission

Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Art. 32

Neuer Antrag des Bundesrates

Abs. 1

.... dem Verwaltungsrat vorbehalten sind.

Abs. 2

Sie oder er erarbeitet die Entscheidungsgrundlagen des Verwaltungsrates und

AB 2005 N 1265 / BO 2005 N 1265

Antrag der Kommission

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 32

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

Al. 1

.... du conseil d'administration.

Al. 2

.... du conseil d'administration et





Proposition de la commission

Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Art. 34

Neuer Antrag des Bundesrates

Abs. 1

Die Aufsichtsbehörde stellt ihr Personal privatrechtlich an.

Abs. 2

Der Bundesrat erlässt Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

Antrag der Kommission

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 34

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

Al. 1

.... de droit privé.

Al. 2

Le Conseil fédéral édicte les dispositions qui visent à prévenir les conflits d'intérêts.

Proposition de la commission

Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Art. 37 Abs. 2

Neuer Antrag des Bundesrates

Der Bund gewährt der Aufsichtsbehörde für deren Aufbau sowie zur Sicherstellung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 37 al. 2

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

.... pour financer sa mise en place et garantir sa capacité de paiement.

Proposition de la commission

Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Art. 42 Abs. 2

Neuer Antrag des Bundesrates

Fussnote Nr. 18: Streichen

Antrag der Kommission

Zustimmung zum neuen Antrag des Bundesrates

Art. 42 al. 2

Nouvelle proposition du Conseil fédéral

Note de page no 18: Biffer

Proposition de la commission

Adhérer à la nouvelle proposition du Conseil fédéral

Burkhalter Didier (RL, NE), pour la commission: A la section 7 de la loi, qui concerne l'organisation de l'autorité de surveillance, nous sommes en présence d'une série de nouvelles propositions pratiques du Conseil fédéral aux articles 30, 31, 32, 34 et 37. La commission vous propose de les adopter sans changement. Ces modifications n'ont pas été discutées au Conseil des Etats, dans la mesure où elles ont été décidées après



l'examen du projet par ledit conseil, mais la commission de la Chambre des cantons a donné son accord à ce réexamen.

Concrètement, l'autorité de surveillance prendra la forme d'un établissement autonome de droit public, mais elle sera organisée selon un modèle similaire à la société anonyme. Il s'ensuit des modifications formelles, selon lesquelles on remplace à plusieurs articles les termes "conseil de surveillance" par ceux de "conseil d'administration". En outre, le personnel sera engagé sur la base de rapports de droit privé et non public et la question du financement de la mise en place de l'autorité de surveillance, en l'occurrence par prêt de la Confédération, a également été réglée par la nouvelle formulation de l'article 37.

On notera enfin une modification, qui a été décidée par le Conseil des Etats à l'article 39 et qui vise à laisser toute marge de manoeuvre à l'exécutif pour ce qui est du rattachement administratif de l'autorité de surveillance. Cette modification est également jugée de manière positive par la commission.

Toutes ces modifications ou nouvelles propositions sont dans le style pratique, souple, et adapté aux réalités de l'ensemble de cette législation sur la révision, et je vous propose donc de les adopter.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

Art. 39 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 39 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté